

Hilfe, die Babyboomer kommen

Pflege. Kosten werden sich bis 2030 mehr als verdoppeln / Künftige Finanzierung des Systems völlig offen

VON MATTHIAS HOFER

Personalknappheit, überlastete Pflegekräfte, vernachlässigte Patienten und Hygienemängel: Der Bericht der Volksanwaltschaft über Missstände in österreichischen Pflegeheimen hat in der Vorwoche Unruhe ins System gebracht. In ein System, das mit steigenden Kosten kämpft und dessen künftige Finanzierung völlig offen ist.

„Die Volksanwaltschaft muss sich wirklich überlegen, ob ein Bericht in dieser Form der richtige Weg ist, um das Thema Pflege positiv in die Zukunft zu bringen.“ Das sagt die Tirolerin Sonja Ledl-Rossmann (ÖVP), noch bis Ende Juni Präsidentin des Bundesrats und im Zivilberuf Leiterin eines Pflegeheims. Der Bericht strotze vor Verallgemeinerungen. „Damit demotiviert man alle, die in der Pflege arbeiten.“ Für Ledl-Rossmann kommt die Kritik zur Unzeit: Derzeit ist sie auf Werbetour durch die Bundesländer, um Verbündete im Bemühen um die künftige Finanzierung der Pflege in Österreich zu finden. „Wir müssen uns jetzt ein Modell für die Zukunft überlegen.“

Auslaufmodell

Die Zeit drängt. Der sogenannte „Pflegefonds“, über den Bund und Länder die Finanzierung der Langzeitpflege regeln, läuft 2021 aus. Der Fonds war zuletzt mangels Alternativen immer wieder verlängert worden.

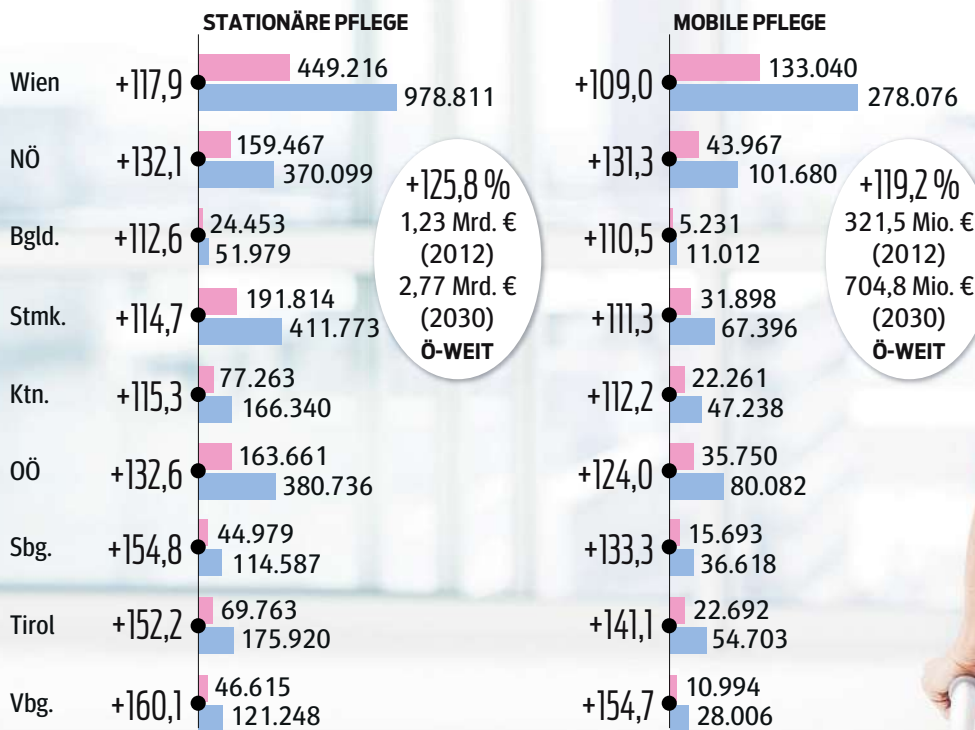
Und die Kosten im Pflegebereich steigen. Ein WIFO-Berechnungsmodell spricht von Steigerungsraten von bis zu 160 Prozent bis zum Jahr 2030 (siehe Grafik). Die Zunahme betrifft tatsächliche Sachleistungen und Betriebskosten. Dazu kommen zusätzliche Kosten für Pflegeheim-Sanierungen oder Neubauten.

Die Gründe für die Steigerung liegen auf der Hand. Die Österreicher werden älter: 2030 werden rund sieben Prozent der Bevölkerung älter als 80 Jahre sein, aktuell sind es etwas mehr als fünf

PFLEGEKOSTEN IN ÖSTERREICH: ENTWICKLUNG 2012 BIS 2030

STEIGERUNGEN IM FINANZAUFWAND

■ 2012 ■ 2030 in 1000 Euro ● Steigerung in Prozent



KURIER Grafik: Tichy / Foto: iStock / Quelle: Statistik Austria, BMASK, Pflegevorsorgebericht, WIFO-Berechnungen

„Der Bericht der Volksanwaltschaft enthält zu viele Verallgemeinerungen. Damit demotiviert man alle, die in der Pflege arbeiten.“

Sonja Ledl-Rossmann
Bundesratspräsidentin

Prozent. Einen drastischen Anstieg wird es darüber hinaus geben, wenn die Babyboomer-Generation der 1960er-Jahre das pflegebedürftige Alter erreicht. Die Pflege innerhalb der Familie geht stark zurück. Das zeigt auch die steigende Zahl der Einpersonenhaushalte: Bis 2030 erhöht sich die Zahl der alleine

Lebenden, die 65 Jahre oder älter sind, um 40 Prozent. Zur Frage, wie viele Menschen aktuell in Österreich pflegebedürftig sind, liefert die Statistik Austria einen Näherungswert: Im Vorjahr bezogen knapp 455.000 Personen Pflegegeld.

Überlegungen

Aktuell wälzt jedes Bundesland Überlegungen, wie die Kostensteigerung möglichst eingegrenzt werden kann. „Wir in Niederösterreich setzen stark auf Prävention und schaffen mit dem ‚Sozialen Alltagsbegleiter‘ einen neuen Beruf, der Unterstützung im betreuten Wohnen und für pflegende Angehörige bringt“, sagt die zuständige Landesrätin Barbara Schwarz (ÖVP). Sie führt bei der für Juni angesetzten Tagung der Länder-Sozialreferenten den Vorsitz. Auch sie hat mit dem jüngsten Bericht der Volksanwaltschaft Probleme: „Missstände sind offen zu benennen

und zu beheben. Negative Einzelfälle sind aber kein Grund, ein engagiertes Pflegesystem in Misskredit zu bringen.“

Im Juni will Schwarz „die Verhandlungen über ein langfristiges Finanzierungsmodell im Pflegebereich wieder aufnehmen. Hier muss auch der Bund endlich einsehen, dass Handlungsbedarf besteht“.

Konkrete Präferenzen für ein Finanzierungsmodell haben weder Ledl-Rossmann noch Schwarz. Die Ideen von Schwarz und Rot prallen hier aufeinander: Bundeskanzler Christian Kern (SPÖ) hat die Forderung erhoben, dass Einnahmen aus einer Erbschafts- und Schenkungssteuer (ab Vermögen von einer Million Euro, Anm.) dem Pflegefonds zufließen sollen. ÖVP-Bundesrätin Sandra Kern dagegen plädiert dafür, dass ein Prozent des Bruttoeinkommens (auch von Pensionen, Anm.) als Pflegeversicherungsbeitrag in den Fonds einbezahlt werden.

Pflegepersonal geht in Wien auf die Straße

Forderungen. Chronische Unterbesetzung und permanente Überlastung des Personals machen Pflegebediensteten zu schaffen. Deshalb ruft die Gewerkschaft für Freitag – den Internationalen Tag der Pflege – in Wien zur Demonstration auf.

Gefordert werden unter anderem eine bundesweit einheitliche Personalbedarfsrechnung sowie, dass den Betreibern von Gesundheits- und Sozialeinrichtungen Mindestzahl und Qualifikation der Mitarbeiter zwingend vorgeschrieben werden.

Treffpunkt ist um 16 Uhr beim Schweizer Garten (Ecke Wiedner Gürtel/Prinz-Eugen-Str.), die Abschlusskundgebung ist für zirka 17.15 Uhr im Resselpark geplant.



Ledl-Rossmann (re.) und Schwarz auf Visite im Pflegeheim Melk

FAVORITEN

Die letzte Aussprache endete tödlich

Mordprozess. 48-jähriger Wiener wurde zu lebenslanger Haft verurteilt – nicht rechtskräftig

Die letzte Aussprache endete mit einem um den Hals der Lebensgefährtin geschlungenen Kabel und 15 Stichen mit zwei Küchenmessern in ihre Brust. Er sei „ausgezuckt“, sagt der 48-jährige Manfred B. am Donnerstag beim Mordprozess im Wiener Landesgericht. Als er auf ihrem Handy die offenbar von seinem Nachfolger stammende Nachricht gelesen habe: „Komm nächstes Mal nicht zu spät“, sei ihm von der 53-jährigen Liane B. auf Nachfrage, ob sie schon einen Neuen habe, zur Antwort gegeben worden: „Die Zärtlichkeiten hole ich mir woanders.“

Wurde die Tat womöglich schon lange vorher geplant,

als sie ihm mitteilte, dass sie ihn verlassen wird? Der Richter hält dem Angeklagten vor, was dieser im Internet gesucht hatte: „Wie bringt man jemanden zum Schweigen?“. Oder: „Fesseltechnik bei Frauen.“ Oder: „Würgeseil“ sowie „Kehlkopfschnitt“. Er habe nach Suizidvarianten für sich selbst gesucht, sagt Manfred B., der auch schon an einem Galgen gebastelt haben will. „Aber genau das alles ist Frau B. passiert“, erwidert Richter Georg Olschak.

Und die Ex-Frau des Angeklagten, mit der er eine Tochter hat, schrieb nach der Tat auf Facebook einem Freund: „Bei unserer Trennung wollte er sich auch wegräumen und

mich gleich dazu. Es kam damals zum Glück jemand und setzte ihn k.o.“

Untergang

Nachdem Liane B., die von ihrem früheren Ehemann drei Kinder hatte, tot war, versenkte Manfred B. ihr Handy und sein eigenes im Waschbecken seiner Favoritner Wohnung. Warum? Dieser „Untergang“ habe für ihn das Ende symbolisiert. Dann habe er „den Mist hinuntergetragen und solche Sachen“ und versucht, sich mit einem Cocktail aus diversen Medikamenten das Leben zu nehmen. Man fand ihn und ließ den 48-Jährigen ins Krankenhaus einliefern, wo er –

aus dem Koma erwacht – die Tat sofort gestand.

Wenn früher ein Anwalt zur Stelle gewesen wäre, hätte er sich auf eine „Rauschtat“ herausreden können, sagt seine Verteidigerin Astrid Wagner: Doch er sei ein „authentischer Mensch.“

13 Jahren waren Manfred B. und Liane B. ein Paar. Dann wurden ihr seine Depressionen – er war in Heimen aufgewachsen, wo er von einem Erzieher missbraucht wurde – offenbar zu viel. „Ich spüre keine Liebe mehr“, schrieb sie in einem Trennungsbrief.

Am Abend wurde er zu lebenslanger Haft verurteilt – nicht rechtskräftig.

– RICARDO PEYERL

PLANUNG

Kultur und Kulinarik sollen Praterstern verschönern

Wien. Der Praterstern soll attraktiver werden, verspricht die Bezirksvorstehung Leopoldstadt. Gemeinsam mit der Stadt wurde dazu nun ein „moderierter Prozess“ gestartet. Erste Veränderungen sind bereits geplant.

Der Praterstern ist ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt, der seit Jahren negative Schlagzeilen macht: Die Station ist Treffpunkt für Obdachlose und Randgruppen, der Alkoholkonsum am Vorplatz gilt als problematisch. Rufe nach einem Alkoholverbot wurden bereits laut.

An dem nun gestarteten Prozess sind die Parteien genauso beteiligt wie Stadt, ÖBB, Wiener Linien und Poli-

zei. Auch Sozialarbeiter und Wirtschaftstreibende werden eingebunden. Obwohl der Prozess noch in der Startphase sei, zeichnen sich bereits einige Maßnahmen ab: Neue Aufenthaltsbereiche sollen geschaffen, Fußwege erleichtert und einige Bereiche besser beleuchtet werden. Darüber hinaus werden „künstlerische Aktivitäten oder kleinere Veranstaltungen“ angekündigt, die neues Leben auf den Praterstern bringen. Die Eröffnung eines vegetarischen Lokals am Vorplatz des Bahnhofes und die Renovierung des Tegethoff-Denkmal sollen ebenfalls zu einem „frischeren Bild“ des Pratersterns beitragen.